

Stefan Keuter

- (A) Saudi-Arabien war es nicht anders: Der Kanzler war gerade weg, da greift der Prinz zum Telefon. Das Ergebnis ist nicht eine Ausweitung der Fördermengen, um Deutschland Öl und Energie zu beschern. Nein, die Liefermengen sind sogar noch gedrosselt worden! Wenn das nicht eine maximale Demütigung der deutschen Politik, der deutschen Bundesregierung ist! Das ist eine schallende Ohrfeige für den Bundeskanzler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wir schlagen vor, dass Sie sich doch wenigstens, wenn diese Deals nicht funktionieren, lohnendere Partner suchen. Warum gehen Sie nicht in den Iran, wenn Sie schon keine moralischen Bedenken haben? Hier bekommen Sie ausreichend Rohstoffe für bezahlbares Geld, und Waffen müssen Sie dann auch nicht liefern; die brauchen die nämlich nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Gleich ist er wieder bei seinen russischen Freunden!)

Und Ihre Werteargumente gegen Russland sind nichts anderes als scheinheilig, wenn Sie mit Katar und Saudi-Arabien ins Geschäft kommen wollen.

Wir sagen Ihnen: Lösen Sie sich von den US-Interessen! Heben Sie das Ölembargo gegen Russland auf, vielleicht sogar noch gesichtswahrend unter Konditionen – Stichworte „Waffenstillstand“ oder „Friedensverhandlungen“ –, wenn Sie an einem echten Frieden interessiert sind! Das hätte für diese Bundesregierung drei positive

- (B) Folgen.

Die erste ist: Sie werden nicht von einer Klerikaldiktatur weiter erniedrigt.

Zweitens haben wir bezahlbare Energie für unsere Bürger und ermöglichen unserer Industrie, dem Industriestandort Deutschland ein wirtschaftliches Überleben.

Die dritte ist: Sie ersparen sich einen heißen Winter, das heißt die größten Demonstrationen gegen diese Regierung in der Nachkriegszeit.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Die AfD stimmt selbstverständlich der Überweisung in den Ausschuss zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächstes hat das Wort der Kollege Jens Beeck, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jens Beeck (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nahezu jede Rede, die sich in diesen Tagen mit Außenpolitik befasst, muss darauf hinweisen, dass sich unsere Politik spätestens seit dem 24. Februar in einem nie dagewesenen Umbruch befindet. Und gerade

weil das so ist, dürfen wir alle nicht müde werden, für Multilateralismus, für Freiheit, für Weltoffenheit und für unsere Werte einzustehen und zu werben. Das gilt auch gegenüber Saudi-Arabien, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für unsere Werte bedeutet aber auch, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzustehen, und das bedeutet das Suchen von Verbündeten auf der ganzen Welt. Man muss immer noch mal gerade Ihnen, sehr geehrter Herr Gysi, und den weiteren Kollegen von den Linken sagen: Dieser Umbruch basiert auf einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

(Zuruf der Abg. Zaklin Nastic [DIE LINKE])

Und dieser Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der dafür sorgt, dass gerade aktuell die Vorsitzende unseres Verteidigungsausschusses da war, dass viele andere da waren, führt bei uns zu klarer Solidarität mit der Ukraine. Anders als bei Ihrem Besuch machen wir konkrete Hilfsangebote. Deswegen sage ich Ihnen noch mal: Dieser Bundestag steht ganz überwiegend an der Seite der Ukraine und stellt sich mit gemeinsamen Partnern den Herausforderungen, die sich aus dieser Situation ergeben; anders als Sie das tun.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Sehr richtig!)

Genauso klar ist auch, dass wir diese Unterstützung nicht alleine leisten können, sondern dass wir an dieser Stelle auf die Zusammenarbeit mit europäischen, mit transatlantischen Partnern angewiesen sind. Das gilt auch und gerade in Fragen von Rüstung und Verteidigung.

Wenn ich das mal sagen darf, Herr Kollege Gysi – ich habe Sie immer sehr geschätzt, Ihre Rhetorik ist brillant –: Ich war im Auswärtigen Ausschuss, als Sie begründet haben, weshalb Sie nicht zustimmen können, dass die NATO in dieser Situation Schweden und Finnland mit aufnimmt. Da habe ich wirklich gedacht: Sie haben doch nicht alle Gurken im Glas.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben dann tatsächlich in diesem Plenum in dieser Situation eines internationalen Umbruchs abgelehnt, sich in einer wertegeleiteten Verteidigungsgemeinschaft zusammenzuschließen mit denjenigen, mit denen wir nahezu alle Werte vollständig teilen. Die Begründung war: Der Preis, den Schweden und Finnland gegenüber der Türkei zahlen müssen, sei zu hoch.

(Zuruf der Abg. Zaklin Nastic [DIE LINKE])

Wer sich in der Weise auf die aktuelle Situation in dieser Welt einstellt, der betreibt einfach nur eine Verweigerung der Kenntnissnahme der aktuellen Situation, und der braucht anderen nicht vorzuschreiben, wie sie handeln sollten, Herr Kollege Gysi.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jens Beeck

- (A) Deswegen muss man auch noch mal in Erinnerung rufen, wofür es hier geht.

(Zaklin Nastic [DIE LINKE]: Saudi-Arabien!
Genau!)

Bei allen völlig unstrittig schwierigen Situationen der Menschenrechte in Saudi-Arabien liefern wir als Deutschland nicht, sondern wir haben uns innerhalb der Europäischen Union mit Partnern für Rüstungsvorhaben zusammengeschlossen, sie gemeinsam entwickelt, in diesem Fall mit Frankreich, Großbritannien, Italien. Und Großbritannien liefert nun aufgrund bestehender Verträge Nachschub, nämlich Munition und Ausrüstung, für Tankflugzeuge und, ja, auch für den Eurofighter.

(Zaklin Nastic [DIE LINKE]: Genau!)

Das ist die Situation, die wir haben. Wir sind also vertragstreue gegenüber unserem NATO-Partner, der für sich entschieden hat, dass er diese Verträge einhalten will.

Die Alternative dazu, das zu tun, wäre, dass es keinerlei Rüstungskooperationen mit Deutschland mehr geben könnte.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ganz genau!)

Die richtige Antwort ist stattdessen – und das steht im Koalitionsvertrag –, dass wir ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz mit großer Transparenz und engen Vorgaben erarbeiten und dass wir uns bemühen, mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern, aber insbesondere mit unseren europäischen Partnern, zu gemeinsamen Richtlinien für die Rüstungsexporte zu kommen. Das ermöglicht uns Zusammenarbeit in unserer wertegeleiteten gemeinschaftlichen Verteidigungsgemeinschaft. Das erlaubt uns dann auch, solche Entscheidungen gemeinschaftlich zu treffen, ohne sie hier immer im Einzelnen wieder diskutieren zu müssen – mit vollem Einfluss darauf, an wen wir was liefern und was nicht. Das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag werden wir umsetzen, und dann haben wir erfüllt, was wir versprochen haben. Die Situation wird sich auch deutlich bessern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Beeck. – Ich rufe auf den Kollegen Johannes Arlt, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Johannes Arlt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gibt es eine ideale Welt, eine Welt, in der wir immer absolut moralisch entscheiden können, frei von allen Umständen und Zwängen? Ich denke mal, wir alle, fast alle wünschen uns diese Welt. Und Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, zeigt diesen Wunsch. Das Problem ist: Diese Welt gibt es nicht. Mehr noch: Wir können uns nicht vor der realen Welt verstecken; wir müssen in ihr handeln. Deswegen lautet

die eigentliche Kernfrage am heutigen Abend: Gibt es auch Notwendiges, ja, gibt es Richtiges im Falschen? (C)

Uns allen hier ist die Schwere der Entscheidung ganz deutlich bewusst. Sie ist nicht leichtfertig getroffen worden – im Gegenteil. Ja, die Ampelkoalition hat bei einem europäischen Kooperationsprojekt, wie viele Kollegen schon ausgeführt haben, einer Ausnahme für Exporte nach Saudi-Arabien zugestimmt. Diese umfasst die Zulieferung zur Ausrüstung und Bewaffnung der Kampfflugzeuge Eurofighter und Tornado und weiterhin die eben angesprochene Munition. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dies eine Ausnahme ist; denn bis dahin sind von Dezember 2021 bis September 2022 gemäß Ihrer aktuellen Anfrage überhaupt keine Exportgenehmigungen für Waffenexporte nach Saudi-Arabien erteilt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jens Beeck [FDP])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der Fraktion Die Linke?

Johannes Arlt (SPD):

Ja.

Zaklin Nastic (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Kollege Arlt, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Laut Rüstungsexportbericht hatten wir vergangenes Jahr – da war ja Kanzler Scholz noch Vizekanzler – rekordartige 9,4 Milliarden Euro an Rüstungsexportgenehmigungen, darunter übrigens auch Waffenlieferungen an Saudi-Arabien; das war unter der Merkel-Regierung öfter umgangen worden: 2021 im Wert von 2,5 Millionen Euro, im Jahr davor von über 30 Millionen Euro. (D)

Vergangenes Jahr wurden auch Rüstungsexporte an Ägypten, eines der am meisten belieferten Länder, im Wert von 4,3 Milliarden Euro im Bereich der maritimen Kriegsführung und Luftflotte geliefert. Das ist auch ein Teil der Kriegscoalition.

Seit Jahren beliefert und befeuert Deutschland diesen Krieg. Dass Sie das hier schönreden und weglassen und gleichzeitig von einer wertebasierten oder gar feministischen Außenpolitik sprechen: Entschuldigen Sie, können Sie sich da selbst noch ernst nehmen? Unterscheiden Sie da nicht mächtig zwischen einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und einem anderen? Herr Trittin hat es richtig bezeichnet. Wir finden: Alle Angriffskriege sollten nicht befeuert werden, und sie alle sollten aufhören. Und vor allen Dingen sollte Deutschland in keines dieser Gebiete Waffen liefern.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Marcus Faber [FDP]: Wo ist die Frage?)

Johannes Arlt (SPD):

Frau Kollegin, die Frage habe ich vermisst. Vielen Dank für die Zwischenfrage. – Wir sprechen hier heute über Saudi-Arabien. Und ja, wir haben 2020 und 2021